

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 148 (1982)

Heft: 11

Artikel: Die Welt in den 80er Jahren und die Sicherheit der Schweiz

Autor: Freymond, Jacques

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-54460>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 09.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Welt in den 80er Jahren und die Sicherheit der Schweiz

Oberst i Gst Jacques Freymond

Die vom bekannten Genfer Forscher auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen an einer Tagung der «Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für Demokratie» im Spätherbst 1981 angestellte Lagebeurteilung ist vom Autor auf den neusten Stand gebracht worden. Dabei geht es ihm nicht nur um Sicherheitspolitik im engeren Sinn, sondern um die Sicherheit im gesamten. Mit schonungsloser Offenheit zieht er aus den uns allen bekannten Fakten Schlüsse. Wenn es – um die Folgerungen zu verwirklichen – den westlichen Staaten bisher an der notwendigen Kraft mangelte, so vor allem auch deshalb, weil der einzelne es an individuellem Verantwortungsbewusstsein und Mut zum Engagement hat fehlen lassen. fas

Wir leben in Zeiten, die uns zwingen, jede Beurteilung der internationalen Lage mit einer **Einschätzung der Kriegsgefahr** zu beginnen.

Die Meinungen sind geteilt. Die einen – unter ihnen so besonnene und informierte Fachleute wie Michael Howard – glauben, dass ein Atomkrieg im Moment wenig wahrscheinlich ist. Eine andere Richtung, zu welcher man den rechten Flügel der Reagan-Administration zählen kann, rückt ihn in den Bereich des Möglichen und beschäftigt sich daher mit den Möglichkeiten, die zerstörerischen Wirkungen abzuschwächen, etwa durch erhöhte Zielgenauigkeit oder durch die Einführung der Neutronenbombe.

Eine sichere Prognose lässt sich nicht abgeben. Wir können höchstens feststellen, dass die Bedingungen für den Ausbruch eines weltweiten Konfliktes durch Eskalation lokaler Krisenherde seit vielen Jahren erfüllt sind. Bisher konnten solche Krisenherde in dem Sinne lokalisiert werden, dass die Grossmächte eine direkte Beteiligung vermieden und sie als Gegenstand ihrer Indirekten Strategie behandelten.

Aber die Vorsicht, welche die Grossmächte während der Jahre des «Friedens durch Abschreckung» an den Tag legten, ist zurückgegangen. Die Beharrlichkeit, mit der die Führer der Sowjetunion den Ausbau ihrer Position auf der Welt vorantreiben – **Machtpo-**

litik, die das revolutionäre Sendungsbewusstsein zunehmend ablöst und es zum blossen Instrument der Diplomatie degradiert – hat sie immer grössere Risiken eingehen lassen. Der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan hat die bekannten Reaktionen hervorgerufen, nicht nur, weil er eher von einem Geist der Eroberung als von der Sorge um die eigene Sicherheit getragen schien, sondern auch, weil er sich in eine lange Kette von Operationen einreichte, die auf die Errichtung von Stützpunkten an strategisch wichtigen Verbindungswegen abzielte. Dieses Manöver mit Stossrichtung auf den Indischen Ozean war um so beunruhigender, als es die grossen Anstrengungen ergänzte, die zur Errichtung einer Handelsflotte als logistischer Unterstützung der Kriegsmarine, von der sie wiederum geschützt werden sollte, unternommen wurden. Gleichzeitig wurde die Rüstung quantitativ verstärkt und modernisiert, was zusammen mit der Einführung der SS-20 einen **politischen Schock** auslöste.

Der **sowjetische Vormarsch**, gebrandmarkt von den Chinesen, zur Kenntnis genommen von den amerikanischen Regierungen von Nixon bis Carter, hatte nur bescheidene Reaktionen ausgelöst. Er hatte weder den Abschluss des Salt-I-Vertrages, noch den Fortgang der Gespräche im Hinblick auf den Abschluss von Salt II, noch die Kontakte im Bemühen um die Regelung anderer Probleme, etwa der Si-

ASMZ Editorial

23 000!

23 000 Mitglieder zählte der FHD einmal während des Aktivdienstes 1939–1945. Heute sind es 2500, obwohl die Sollbestände drastisch auf 4000 herabgesetzt wurden. Also immer noch ein Manko von 1500. Ähnlich sieht es beim Rotkreuzdienst aus (Ist: 4000, Soll: 10000). Katastrophal ist die Lage beim Zivildienst. Einem Bedarf von wenigstens 100000 steht ein Kontingent von 20000 ausgebildeten Frauen gegenüber.

So daneben liegt also der Ausspruch nicht: «Landesverteidigung ist ein Naturschutzpark für Männer!»

Diese Fakten gaben Anlass, das Problem einmal gründlich zu durchleuchten. Zunächst legte die ehemalige Chef FHD Andrée Weitzel eine Grundlagenstudie vor. Aber noch bevor diese von einer breiteren Öffentlichkeit richtig zur Kenntnis genommen werden konnte (Fr. 17.– gegen Bestellung bei dem EDMZ), war sie auch schon publizistisch zerzaust. Hämische Journalisten und erregte Friedensfrauen hatten rasch geschaltet: Man muss den Gegner in der Bereitstellung zerschlagen.

Nun wird auf dem Grundlagenmaterial eine kurz gefasste amtliche Stellungnahme aufgebaut und in die Vernehmlassung geschickt.

Eine unter dem Thema «Die Frau in der Gesamtverteidigung» veranstaltete Tagung des «Schweizerischen Arbeitskreises Militär + Sozialwissenschaften» liess erkennen: Die Argumente sind stichhaltig, die Hoffnungen berechtigt.

Denn:

– Gesamtverteidigung ist nicht Sache der Männer, sondern der ganzen Gesellschaft.

– Mann und Frau bringen die ihnen möglichen Beiträge.

– Ein Drittel unseres Volkes ist in Krieg und Katastrophen hilfsbe-

dürftig. Die Frau hat in ausserordentlichen Lagen eine wichtige Rolle im Dienste der Gemeinschaft wahrzunehmen.

– Die Frau als Lebenserhalterin steht ihrem Wesen nach der Gesamtverteidigung sogar näher als der Mann.

– Die Frau ist heute nicht einmal in der Lage, durch selbstschützendes Verhalten ihre Überlebenschancen voll wahrzunehmen.

– Durch die Solidarität in der Gesamtverteidigung wird das Selbstbewusstsein der Frau gefördert.

– Die aktive Beteiligung der Frau an der Gesamtverteidigung ist nicht nur Reflexwirkung des Verfassungsgrundsatzes gleicher Rechte mit dem Mann. Sie trägt auch zur Gerechtigkeit in der staatsbürgerlichen Lastenverteilung bei.

Das in Ausarbeitung befindliche Projekt: «Die Frau in der Gesamtverteidigung» bietet aber auch Lösungen an. Zur Evaluation stehen: neben dem freiwilligen Frauendienst (mit breiter ausgefächertem Funktionsangebot als jetzt) auch teil- und wahlobligatorische Lösungen. Objektiverweise wird aber auch das echte Obligatorium mit einem jährlichen Aushebungsbestand von 37000 zu prüfen sein.

Welches der angebotenen Modelle die meisten Chancen zur Verwirklichung hat, ist (mindestens theoretisch) offen. Sicher ist, dass der heutige Zustand so rasch als möglich überwunden werden muss.

Die Frau ist in Zeiten des relativen Friedens bevorzugt. Da ihr Lebenszyklus heute nicht mehr einheitlich ist, wird man Integrationsformen ausarbeiten müssen, die den vielfältigen Lebensformen der Schweizerin Rechnung tragen.

So oder so: Das Informationsdefizit über die Gesamtverteidigung, das besonders bei unseren Frauen besteht, muss aufgefüllt und durch Motivation ersetzt werden. Das kostet Arbeit. fas

cherheit des Indischen Ozeans, verhindert. Die Carter-Administration, die man aufgrund umstrittener Informationen als nachgiebig und unsicher einschätzte, hatte in der Tat sehr viel, zweifellos zuviel Geduld gezeigt. Ihre Strategie, die amerikanische Politik auf die Dritte Welt auszurichten und ihr die Ost-West-Beziehungen unterzuordnen, wurde weder von den Sowjets noch von der amerikanischen Öffentlichkeit verstanden, welche dem wachsenden Druck der Gegner von Salt II ausgesetzt war, die den Vertrag schliesslich zu Fall brachten.

Die Hartnäckigkeit der Sowjets beim Ausbau ihrer militärischen Macht, trotz der Zugeständnisse von amerikanischer Seite, hat nicht nur Ernüchterung, sondern Empörung hervorgerufen. Die Reagan-Administration wurde von einer Grundwelle an die Macht getragen, die sich aus Auflehnung gegen den sozialen Liberalismus des New Deal, verletztem Nationalstolz und Beunruhigung über die Sicherheit der USA zusammensetzte. Diese Grundwelle kommt in einem aggressiven und anprangerischen, sogar militaristischen und bedrohlichen offiziellen Stil zum Ausdruck. Sie manifestiert sich konkret in der Erhöhung des Budgets für die Verstärkung der konventionellen Rüstung, der schnellen Eingreiftruppe und der Seestreitkräfte, im Wiederaufgreifen des B-1-Bombers und der Neutronenwaffe sowie im diskutablen Entscheid über die MX-Raketen. Und sie hat zu harschen Deklarationen geführt, deren strenge Analyse allerdings eine gewisse konzeptionelle Verschwommenheit offenbart, was eventuelle direkte Interventionen in Zentralamerika oder im Mittleren Osten betrifft.

Was das Verhalten der Reagan-Verwaltung in der ersten Hälfte ihrer Amtsführung ausgezeichnet hat, ist Reizbarkeit, Ungeduld, rhetorischer Aktivismus, der nur schlecht das Fehlen einer durchdachten Umschreibung der anzuwendenden Aussenpolitik und einer Strategie verbarg. Diese Regierung die, kaum an der Macht, unablässig wiederholte, das mächtige Amerika werde endlich die ganze Welt seine Stärke und seinen Einfluss spüren lassen, hat in Wirklichkeit eine kurzfristige und uneinheitliche Politik betrieben. Ronald Reagan war auf seine Aufgabe offensichtlich nicht vorbereitet. Seine Pressekonferenzen haben offenbart, dass er seine Dossiers nicht kannte und heute kaum besser kennt. Die immer stärkere Anwendung von Techniken des Show-business erlaubte ihm und gibt ihm noch die Möglichkeit – wie zu Eisenhower's Zeiten – das Bild des väterlichen Präsidenten zu zeigen,

das so viele Amerikaner gerne sehen, zum täglichen Geschehen etwas Distanz, während aber bei der Sache, wenn es sein muss, verständnisvoll, beruhigend aber streng. Das Fernsehspiel ist indessen kein gültiger Ersatz für eine Aussenpolitik.

Da nun auch die nächste Umgebung Ronald Reagan's nicht viel Verständnis hat für internationale Zusammenhänge und allein darauf bedacht ist, den lässigen Lebensstil des Präsidenten zu schützen, weil die beiden Verantwortlichen für Verteidigung und Diplomatie sich lange genug in die Quere kamen – der «Zivilist» Weinberger befasste sich öffentlich mit Aussenpolitik und der «Militär» Haig gefiel sich in der Rolle eines «Vikars» des Präsidenten – weil schliesslich das Seilziehen zwischen den verschiedenen Tendenzen der republikanischen Senatsmehrheit andauerte, hat sich der Eindruck einer grossen intellektuellen Unordnung immer mehr verstärkt. In Tat und Wahrheit hat die Reagan-Verwaltung in den Jahren 1981 und 1982

«Glaubwürdige Abschreckung bedingt eine zusammenhängende Strategie und Taktik.»

ein Bild der Verwirrung und des Widerspruchs gegeben: in Zentralamerika, im Mittleren Osten, gegenüber Europa, Japan und China. Geplagt durch die sowjetische Drohung stellt sie die Lösung der Regionalprobleme – von welcher doch ihr Bündnissystem abhängig ist – auf einen gemeinsamen Nenner genannt «Global-Antwort», wovon niemand genau weiss, ob sie einen anderen Inhalt haben kann als die Konfrontation.

Der demonstrativ zur Schau getragene Wille der Reagan-Administration, der sowjetischen Herausforderung zu begegnen, kann ohne Zweifel die Moskauer Regierung veranlassen, ihre Ambitionen zu mässigen und Konzessionen zuzugestehen. Aber glaubwürdige Abschreckung bedingt eine zusammenhängende Strategie und Taktik. Sie ist die Grundlage der Berechenbarkeit. Mit anderen Worten, wenn wir einen möglichen Gegner davon abschrecken wollen, ein übermässiges Risiko einzugehen, müssen wir ihm ermöglichen, unsere wahrscheinliche Handlungsweise abzuschätzen.

So kommt man zum Schluss, dass die Handlungsweise der zwei Hauptbeteiligten, der beiden Supermächte, die gleichermassen über eine Überkapazität an Zerstörungskraft verfügen und die, dessen bewusst, nichtsdestotrotz

ihr wahnsinniges nukleares Wettrüsten fortsetzen, dass die **Handlungsweise der UdSSR und der USA nicht kalkulierbar** ist. Man kann sich im Westen und in den USA nicht erklären, was die Sowjets bewogen hat, ihren Machtbereich weiter auszudehnen, ausser dem blanken Willen zur Herrschaft. Und man weiss nicht, weder in Europa, noch in Japan, noch in China, noch in der UdSSR, wie die allgemein proklamierte Absicht der Reagan-Administration, den Sowjets gemäss dem Konzept des sogenannten «global choice» überall auf der Welt die Stirne zu bieten, sich in Handlungen umsetzen wird; sei es in der Frage der Einführung und Stationierung neuer Waffen, sei es die einzunehmende Haltung ge-

«Die Zukunft der Schweiz wie diejenige ihrer europäischen Nachbarn wird sich ausserhalb Europas entscheiden ...»

genüber der Volksrepublik China bei der Normalisierung der Beziehungen zu Taiwan (was dessen Wiederbelieferung mit Waffen betrifft), gegenüber Kuba, Nicaragua, El Salvador, dem Abkommen von Camp David und dem Fahd-Plan, gegenüber Pakistan und Indien, dem südlichen Afrika und den Problemen der Verteidigung Europas. Was wird demnach die amerikanische Regierung tun, wenn sie feststellt, dass die in Europa Demonstrierenden nicht einfach ein Haufen moskagesteuerter Pazifisten sind, sondern vernünftige Leute mit der Überzeugung, dass ein Atomkrieg Wahnsinn ist, die General Rodgers, dem Oberkommandierenden der Nato, zugestimmt haben, der ihnen – wie das sowjetische Oberkommando seit Jahren – sagt, dass ein Einsatz nuklearer Waffen, schon der taktischen, unvermeidlich die Eskalation zum totalen, nicht zu überlebenden Atomkrieg nach sich zieht? Wird sie weiterhin, diese amerikanische Regierung, das Risiko eingehen, die Länder, die sie beschützen will, auseinanderzutreiben und so das Spiel ihrer sowjetischen Gegenspieler zu spielen? Oder wird sie verhandeln, und worüber? Was kann man, unter diesen Umständen, von der doppelten Verhandlung in Genf erwarten?

Ohne Zweifel leben wir schon seit langem in Unsicherheit, nämlich seit 1945; das hat zum Nachlassen der Aufmerksamkeit, zu einer relativen Gleichgültigkeit gegenüber der Kriegsgefahr beigetragen. Was wir zum jetzigen Zeitpunkt sagen können, und was eine Lagebeurteilung im Herbst 1982 unterstreichen muss, ist, dass im Vergleich zu den unter den Präsidenten

Harry Truman, John Kennedy und sogar Richard Nixon entstandenen Krisen die Beziehungen zwischen den Grossmächten nicht unbedingt schlechter, aber dass sie weniger kalkulierbar sind. Die beiden Regierungen sind nicht schlechter informiert, aber weniger in der Lage, das Wesentliche aus der Informationsflut herauszugreifen; die marktschreierische Diplomatie der einen ist ebenso gefährlich wie der Schleier des Geheimnisses, in den sich die andere hüllt.

Nun müssen wir aber ebenfalls feststellen, dass das weltpolitische System der 80er Jahre wesentlich verwickelter ist als das bisher bestehende und die Anzahl der Rollenträger sich vermehrt hat, eine grössere Streuung der Entscheidungszentren mit sich bringend. Die beiden Grossmächte sind dauernd den Komplikationen ausgesetzt, die in allen Teilen der Welt auftreten. Sie sind nie Herr der Lage wie das die sogenannte Bipolarität – von jeher übrigens ein Modewort der Politologen – glauben machen wollte. Die **Spannungen in Polen** haben ihren Ursprung in den inneren Widersprüchen des Systems, das allerdings durch die UdSSR dem Land auferlegt wurde; aber die Krise ist nicht wegen bestimmten Handlungen der russischen Regierung ausgebrochen. Und sowohl in Moskau wie in Washington sah man sich vor ein schweres Problem gestellt, das Spannungen hervorrief und das man weder hier noch dort einseitig gewaltlos lösen kann, ohne eine mögliche Eskalation hervorzurufen.

Die **Krisen im Mittleren Osten** entstehen und entwickeln sich unabhängig vom Spiel der Grossmächte: so die iranische Revolution, der Krieg zwischen Irak und Iran, der Kampf der Palästinenser, die aus dem Libanon eine Heimat des internationalen Terrorismus gemacht und schliesslich den Einmarsch der israelischen Armee veranlasst haben. Es brauchte ganze zwei Monate, bis der Präsident der Vereinigten Staaten sich entschloss, die Stimme zu erheben. Und wenn Israel sich entschliesst, dem militärischen Vormarsch Einhalt zu gebieten, so geschieht dies vielmehr aus der eigenen Einsicht in die Ausweglosigkeit der Lage, als aus Angst vor dem im Fernsehen erschienenen Zorn Reagans. Die UdSSR ihrerseits begnügt sich mit Protesterklärungen.

Und schliesslich lässt sich über den Falklandkrieg nichts anderes sagen, als dass er erneut die Grenzen der amerikanischen Einflussnahme vor Augen führte: durch die Umstände gezwungen, standen sie vor der unmöglichen Wahl zwischen zwei Sicherheitssystemen,

die sich ursprünglich ergänzen sollten: die atlantische Allianz und das inneramerikanische Sicherheitssystem.

So sind die beiden Grossmächte heute, wegen der Verworrenheit des Weltsystems, in Schwierigkeiten verwickelt, aus welchen sich weder die eine noch die andere lösen kann und – das gilt für Russland – lösen will.

Es wird uns vielleicht gelingen, das Schlimmste zu vermeiden, wenigstens in Europa, weil die Atomangst immer noch einen gewissen Abschreckungseffekt ausübt, trotz der intellektuellen Gedankenspiele, denen die Strategiespezialisten fröhnen. Es kann uns gelingen, weil die Grossmächte wissen, dass, was sie auch unternehmen, die andere die Mittel hat, sie zu vernichten. Und dieses Wissen um die schrecklichen Zerstörungspotentiale macht ihren fortgesetzten Rüstungswettkampf um so schwachsinniger und die Theorien, die sie heute über die Erstschlagkapazität entwickeln, um so hohler und trügerischer.

Die verantwortlichen Staatsmänner der Vereinigten Staaten wie der Sowjetunion sind in der Tat nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe. Und genau hier liegt die wahre Gefahr. Krieg ist nie schicksalhaftes Verhängnis. Es sind die Menschen, die ihn dazu machen.

Das Gespenst eines allgemeinen bewaffneten Konfliktes darf jedoch unsere Aufmerksamkeit nicht von Problemen ablenken, die sich in einer Welt stellen, die eine Periode revolutionärer Umwandlung durchläuft; von Problemen, die es in eine Lagebeurteilung einzubeziehen gilt. Wir haben bereits

«Wenn wir einen möglichen Gegner davon abhalten wollen, ein übermässiges Risiko einzugehen, müssen wir ihm ermöglichen, unsere wahrscheinliche Handlungsweise abzuschätzen.»

die Neugestaltung der Struktur des politischen Weltsystems angesprochen, die aus der Entkolonialisierung der Entstehung von Ministaaten und der daraus hervorgehenden grösseren Streuung der Entscheidungszentren resultiert. Es muss auch festgehalten werden, dass die Entkolonialisierung eine Neuverteilung des Einflusses der einzelnen Kontinente mit sich brachte, die nach 1973 zur Umkehrung des Kräfteverhältnisses geführt hat. Dieser Veränderung Rechnung zu tragen, haben sich die Westmächte lange geweigert, und einige von ihnen bestreiten heute noch, dass sie wirklich eingetre-

ten ist. Denn ihr wissenschaftlicher und technischer Vorsprung ist so gross, dass sie sich kaum vorstellen können, dass er ihnen von nicht-westlichen Völkern entrissen werden könnte. Wo es um die industrielle Produktion, um die Entwicklung des Handels, um die Organisation des Kreditwesens geht, da wendet man sich an sie. Über sie muss man gehen, bei ihnen wird man die Berater holen, die nötigen Experten, um einen Verwaltungsapparat zum Laufen zu bringen und die Infrastruktur einer entwicklungswilligen Gesellschaft auf die Beine zu stellen.

Aber es sind Breschen in die Position der Westmächte geschlagen worden, schneller als sie es sich vorgestellt

«Krieg ist nie schicksalhaftes Verhängnis. Es sind die Menschen, die ihn dazu machen.»

hatten. Der Entwicklungsprozess hat sich beschleunigt. Nach den Textilindustriellen haben die amerikanischen und europäischen Autofabrikanten und die schweizerischen Uhrmacher die Stärke der japanischen Konkurrenz zu spüren bekommen, und das im Moment, als die europäischen Märkte die Sättigungsgrenze erreichten und der Anstieg der Ölpreise sie mit voller Wucht traf. Sie konnten seither die Expansion des Handels von Hong Kong, Korea, Taiwan oder Singapur beobachten und verspürten die ersten Auswirkungen der Entwicklung der finanziellen Möglichkeiten der erdölproduzierenden Länder. Wenn wir uns die Entwicklung seit 1950 vergegenwärtigen, müssen wir feststellen, dass sich Westeuropa trotz des spektakulären Aufschwungs infolge des Marshallplans und der «relance européenne», von 1956/57 heute wirtschaftlich und politisch in der Defensive befindet. Während es sich noch in einer paternalistischen Haltung gegenüber der dritten Welt, die es schlecht kennt, gefällt, begegnet es mit nichts als Protektionismus dem Aufstieg Japans, der möglicherweise eine Verlagerung des wirtschaftlichen Gravitationszentrums der Welt in Richtung des Pazifiks ankündigt. Und von China spreche ich hier noch gar nicht.

Das Ausscheiden von Allen und Alexander Haig, welche glücklicherweise durch Clark und George Shultz ersetzt wurden, wird möglicherweise die Aussenpolitik der Reagan-Verwaltung einen grösseren Zusammenhalt geben können. Schwieriger indessen ist die Frage zu beantworten, ob es den russischen Machthabern gelingen wird, die sich aufdrängende Revision ihrer über-

holten revolutionären Strategie durchzuführen.

Es scheint mir geboten, bei diesem Stand der Überlegungen und zur Unterstützung einer kühnen Hypothese auf einen Kontrast hinzuweisen, nämlich zwischen der Neugier der Japaner, ihrer geistigen Offenheit, ihrem Eintritt in das intellektuelle und kulturelle Leben des Westens einerseits und der kontinentalen Abkapselung Amerikas, dem Rückzug unserer westlichen Gesellschaften auf ihre inneren Probleme und die Verteidigung des Lebensstandards auf der anderen Seite. Den Beobachter des Westens befremden die Unfähigkeit der Eliten, sich von der kurzfristigen Betrachtungsweise zu lösen, die Verselbständigung der wissenschaftlichen Forschung und die Parzellierung des Bildungswesens, welche die Universität, die ein Zentrum der Begegnung und der Ermutigung zur schöpferischen Arbeit sein sollte, in eine Fabrik zur Kenntnisvermittlung verwandelt.

Nicht nur der Krieg stellt also die Zukunft Europas, in dem wir leben, und diejenige der westlichen Gesellschaften in Frage, sondern **auch der Egozentrismus** und die daraus resultierende Unfähigkeit, eine Beziehung herzustellen zwischen all den Bildern einer sich wandelnden Welt, die uns unsere eigenen Reisen und das Fernsehen vermitteln – wir haben noch nie so viele Möglichkeiten gehabt, «die andern» kennenzulernen, wie heute – und unserem täglichen Verhalten, zu dessen Änderung wir die Kraft aufbringen müssen, um uns den veränderten Lebensbedingungen auf dem Planeten anzupassen. Nichts ist mir bezeichnender für das moralische Klima in Europa erschienen als die Reaktion von unruhiger Neugierde auf den ersten Bericht des Club of Rome und das darauf folgende Zurückweichen, sobald es darum ging, die Konsequenzen zu ziehen. Der Club of Rome störte. Um ihn wurde heftig polemisiert, was in jenem Moment noch ein Zeichen von Gesundheit war, während die Berichte der «Commission Interfuturs», der Kommission Brandt und des «Global 2000» einige Jahre später auf eine Gleichgültigkeit stiessen, die den beschleunigten Rückzug der Westmenschen ins Private aufzeigte.

In der Defensive verschärfen sich die Widersprüche, sagte Lenin. Der Krieg ist nur ein extremer Ausdruck dieser Widersprüche. Es gibt andere Formen von Gewalt, die wir innerhalb unserer Gesellschaften unter der Fahne einer Psychologie der Befreiung beobachten und analysieren, Gesellschaften, die durch den Abbruch des Gedankenaus-

tausches zwischen der etablierten und der oppositionellen Elite in eine Halb-anarchie abgleiten, indem jeder sich in seiner eigenen Welt einschliesst, ohne sich die Mühe zu nehmen, eine Erklärung für die Haltung des anderen aus dessen Perspektive zu suchen.

Dabei war dieser Gedankenaustausch zwischen den geistigen Eliten nie nötiger als heute, wenn man das Überleben der westlichen Nationen in der sich wandelnden Welt sichern will. Den einen, den etablierten Eliten, würde der Dialog innerhalb der Gesellschaft die Erkenntnis bringen, dass sie auf dem Weg sind, sich in ein Gesellschaftssystem einzuspannen zu lassen, das von einer neuen Klasse dominiert wird, nämlich derjenigen, die von den Hochschulen über die Verwaltung bis zur Privatindustrie die Technostrukturen kontrolliert. Den andern, den oppositionellen Eliten, würde aufgehen, dass Protest nicht Selbstzweck ist, sondern nur in dem Masse sozialen Wert und politische Tragweite hat, wie er mit konstruktiver Kritik aufbauend wirken will und sich davor hütet, zur Domäne von gescheiterten Existenzen zu werden.

Aber, über die Chance hinaus, die dieser Dialog allen bietet, sich besser kennenzulernen durch die Vorstellung, die der andere von sich hat, könnte er auch dazu führen, eine gemeinsame Diagnose des Zustandes unserer westlichen Gesellschaften zu entwickeln; zu erkennen, dass die Krankheit, die an ihnen nagt und die sie in den Untergang führen kann, in ihr Mark vordringt; zu begreifen, dass ihr Niedergang weitgehend auf dem **Nachlassen des Verantwortungsbewusstseins** hin-

«Dieser erneuten Übernahme globaler Verantwortung in der nachkolonialen Epoche müssen sich die Europäer stellen.»

sichtlich der Gesellschaft und auf dem **Verfall des Mutes**, den die Wahrnehmung dieser Verantwortung erfordert, beruht.

Vielleicht würden dann die einen wie die andern, auch ohne ihren Überlegungen mit der Betrachtung in vergangenen Zeiten der Dekadenz verfallener Gesellschaften nachhelfen zu müssen, verstehen, dass der extreme Individualismus zur Versklavung der Person führt, dass der Egozentrismus die Demokratie funktionsunfähig macht und dass, wenn unsere Nationen überleben sollen, wir lernen müssen, über unsere Grenzen hinauszusehen und unsere Verantwortung anzunehmen in einer

Welt, die zwar von den kolonialen Strukturen befreit ist, aber deswegen nicht weniger funktionelle Hierarchien aufweisen wird.

Die westlichen Völker müssen sich, konkreter gesagt, davon überzeugen, dass sie sich der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Krise, in die sie seit dem Krieg von 1914 geraten sind, nur entziehen, dass sie die Arbeitslosigkeit überwinden, dass sie gewisse Herde von Aufruhr, Gewalt und Krieg nur eindämmen, soweit sie die globalen Aufgaben, welche die Organisation der Welt stellt, und ihre inneren Probleme in einen direkten Zusammenhang bringen.

Dieser erneuten Übernahme globaler Verantwortung in der nachkolonialen Epoche müssen sich die Europäer stellen. Sie sind darauf vielleicht besser vorbereitet als andere, weil viele von ihnen die Welt kennen und weit herumgekommen sind, weil ihnen die wirtschaftliche Bedeutung der anderen Kontinente für die Entwicklung ihrer eigenen Länder bewusst ist und weil sie wissen, dass sie eigentlich keine Wahl haben. Aber sie müssen auch handeln.

Die Zukunft der Schweiz wie diejenige ihrer europäischen Nachbarn, wird sich ausserhalb Europas entschei-

«Es gibt keine lebensfähige demokratische Gesellschaft ohne Disziplin.»

den, fernab des städtischen Komforts, das heisst vor Ort, in Zusammenarbeit mit den neuen Eliten, die es zu kennen, zu respektieren und in die gemeinsamen Anstrengungen zur Verwertung der Reserven des Planeten einzubeziehen gilt.

Es gilt zu bedenken, dass die Lösung der Probleme zum guten Teil vom Verhalten des einzelnen abhängt: Es gibt kein Energiesparen, keinen Rückgang der Umweltverschmutzung, keinen Naturschutz, keine wirksame Bekämpfung der Inflation und keine glaubwürdige Landesverteidigung ohne das Engagement jedes einzelnen. Die Eigeninitiative des Bürgers spielt eine entscheidende Rolle. Bevor man gegen den Bau von Atomkraftwerken protestiert, muss man durch sein Verhalten beweisen, dass sie nicht nötig sind. Ebenso muss man diejenigen unterstützen, die in der Absicht, unsere tägliche Nachlässigkeiten zu bekämpfen, praktische Massnahmen zum Schutz der Umwelt ergriffen haben. Es gibt keine lebensfähige demokratische Gesellschaft ohne freiwillige Disziplin.

Und schliesslich, wenn wir einen Blick, weder touristisch noch schulmeisterlich, auf die Welt werfen, die uns umgibt und von der unsere Existenz zum grossen Teil abhängt, werden wir entdecken, dass unsere Neutralität uns absolut nicht daran hindert, an der Neuorganisation der Welt teilzunehmen, dass wir in grossem Mass in die multilaterale Diplomatie und das System der Vereinten Nationen einbezogen sind. In Tat und Wahrheit nehmen wir bereits an der gemeinsamen Arbeit teil, weil das unserem Interesse entspricht. Im Sinne dieses nationalen Interesses werden wir das Problem zu prüfen haben, das sich uns stellen wird: die Politik, die wir seit 1945 gegenüber den Vereinten Nationen verfolgt haben, weiterzuführen und durch unseren Beitritt, der die letzte Etappe darstellen wird, unserem Willen zur Teilnahme an der gemeinsamen Arbeit unter den Bedingungen der Neutralität Ausdruck zu geben. «Neutralität und Zusammenarbeit» sollte die Parole sein, nicht mehr nur «Neutralität und Solidarität».

Man komme mir nicht damit, diese Folgerungen seien utopisch. Es gibt keinen anderen Weg als den beschriebenen. ■

Ein sicherheitspolitisches Symposium an der ETH!

Eidg. Technische Hochschule Zürich
Abteilung für Militärwissenschaften
Auditorium Maximum

Kurzreferate
Podiumsgespräche
Diskussion mit dem Publikum

Dienstag, 7. Dezember
Mittwoch, 8. Dezember
Donnerstag, 9. Dezember

Sicherheitsprobleme in Europa

Dienstag, 7. Dezember, 17.15 bis 21 Uhr

Strategisches Gleichgewicht und Nato-Doppelbeschluss

Referenten:

Gert Bastian, General a. D.
der deutschen Bundeswehr;
Wolf Graf von Baudissin, Professor,
Leiter des Inst. für Friedensforschung
und Sicherheit an der Universität
Hamburg, General a. D. der deutschen
Bundeswehr;
Hanspeter Heck, Oberst i GSt
der deutschen Bundeswehr;
Dominique Brunner, Oberstleutnant i GSt
Militärpublizist.

Mittwoch, 8. Dezember, 17.15 bis 21 Uhr

Rüstungskontrolle, Abrüstung, Frieden

Referenten:

Hansjörg Braunschweig, Dr. iur.,
Nationalrat;
Gustav Däniker, Dr. phil., Divisionär,
Stabschef Op. Schulung;
Rudolf Friedrich, Dr. iur., Nationalrat;
Hans Heinrich Schmid,
Professor Dr. theol., Universität Zürich.

Donnerstag, 9. Dezember, 17.15 bis 21 Uhr

Selbstbehauptung des Kleinstaates in Europa

Referenten:

Rolf Binder, Divisionär,
Kommandant der Felddivision 6;
Heinrich Buchbinder, Publizist;
Rudolf Tobler, Präsident des
Schweizerischen Friedensrates;
Alfred Wyser, Dr. phil., Direktor
der Zentralstelle für Gesamtverteidigung.

Wegen des erwarteten grossen Andranges wird der Eintritt nur mit Platzkarten möglich sein. Diese können in der **Kanzlei der Abteilung für Militärwissenschaften (E 48; Telefon 01 256 39 93)** schriftlich wie telefonisch bestellt oder auch direkt abgeholt werden. Bestellte, aber bis zwei Stunden vor Beginn der betreffenden Veranstaltung nicht abgeholte Platzkarten werden für andere Interessenten freigegeben.